

ZUKUNFT SICHERN

Wiederaufbau- und Resilienzplan
der Fraktion Die Grünen/EFA





Den Menschen in Europa und auf der ganzen Welt ist bewusster denn je, dass wir **die Coronakrise nur mit Hilfe von Solidarität und Zusammenarbeit überstehen** können.

Gemeinsam können wir eine neue Zukunft für Europa und die Welt gestalten – eine sozial, wirtschaftlich und umweltpolitisch widerstandsfähigere Zukunft. Die Frage, die wir uns alle stellen müssen, lautet:
Zu welcher Normalität wollen wir zurückkehren?

**Auf dem Weg zu
einer sozial,
wirtschaftlich
und ökologisch
stabilen
Gesellschaft**



Mehr Einsatz, Solidarität und Zusammenarbeit sind der Schlüssel zum Aufbau eines neuen sozial, wirtschaftlich und ökologisch tragfähigen Modells für die EU.

Nachdem die COVID-19-Krise erstmals am 31.12.2019 von der WHO als solche eingestuft wurde, entwickelte sie sich keine drei Monate später zu einer weltweiten Pandemie, die in fast allen Ländern der Erde beispiellose Schäden verursacht hat.

Tausende von Familien in Europa müssen tragische Verluste hinnehmen und fürchten um ihre Gesundheit und die ihrer Angehörigen. Millionen von Menschen sind damit konfrontiert, ihre Existenzgrundlage zu verlieren und schwerwiegende wirtschaftliche Folgen zu erleiden. In weiten Teilen Europas bleiben Schulen geschlossen, und die Mehrheit der Bevölkerung muss zu Hause bleiben.

Als die Pandemie im Februar die Europäische Union erreichte, waren **Regierungen und EU-Institutionen insgesamt völlig unvorbereitet** auf die verheerenden Konsequenzen für Gesundheitssysteme und Lebensmittelversorgung, die Gesellschaft, den Arbeitsmarkt und die Wirtschaft. Nur der außerordentliche Mut und der Einsatz von Krankenschwestern, Ärzten, Feuerwehrleuten und vielen anderen bewahrten unser Gesundheitswesen vor dem Zusammenbruch.

Zu Beginn **mangelte es bedauerlicherweise an Solidarität zwischen den EU-Mitgliedstaaten.**

Das Gesundheitssystem Italiens geriet schnell unter Druck und das Land war gezwungen, einen großen Teil der Wirtschaft und das gesamte Bildungssystem herunterzufahren. Die meisten Italiener mussten zu Hause bleiben.

Zudem konnten sich trotz bilateraler Zusammenarbeit zum Austausch von Informationen und zum Teilen der Belastung im Gesundheitswesen und trotz der Tragweite und der EU-weiten Auswirkungen der wirtschaftlichen Folgen die **europäischen Staats- und Regierungschefs nicht entschlossen auf eine gerechte Verteilung der wirtschaftlichen Belastung einigen.**

Auch **die Koordinierung des wirtschaftlichen und sozialen Shutdowns**, der die Ausbreitung des Virus verlangsamen sollte, war auf EU-Ebene unzureichend. **Notstandsbefugnisse**, die Freiheitsrechte einschränken, wurden ebenfalls ohne Koordinierung oder Prüfung der Verhältnismäßigkeit beschlossen. Einige erscheinen notwendig und verhältnismäßig, andere, wie die in Ungarn, untergraben genau die Werte, auf denen die EU beruht.

Die EU und ihre Mitgliedstaaten **sollten sich umgehend auf eine koordinierte und verantwortungsbewusste Strategie zur schrittweisen Lockerung der bestehenden Maßnahmen zur Kontrolle der Virusverbreitung und auf eine koordinierte EU-Strategie zur Wiederherstellung und Stärkung der Widerstandsfähigkeit einigen.**

Die gesamte **Glaubwürdigkeit der EU wird unwiderruflich erschüttert, wenn Solidarität und Koordinierung nicht die Grundlage für die massiven Anstrengungen bilden**, die zur Bewältigung der durch die Krise verursachten sozialen und wirtschaftlichen Schäden und zur Sicherung der künftigen Stabilität erforderlich sind.

Ein solcher Wiederaufbau muss nicht nur **sicherstellen, dass verlorene Lebensgrundlagen und beschädigte Infrastruktur ersetzt werden**, sondern auch die soziale, wirtschaftliche und ökologische Nachhaltigkeit der EU gewährleisten.

Das erfordert ein **kombiniertes Investitions- und sozioökonomisches Reformprogramm, mit dem die Stabilität des Gesundheitswesens und anderer öffentlicher Dienste gestärkt sowie Fairness, Solidarität und Stabilität in der Wirtschafts- und Währungsunion gewährleistet werden. Vor allem aber muss alles getan werden, um die Umweltkatastrophe zu vermeiden**, die die größte Bedrohung für unser aller Wohlergehen darstellt.

Diese schwierigen Wochen haben uns allen zu neuen Erkenntnissen hinsichtlich der Stärken und Schwächen unserer Gesellschaften verholfen. Wir haben eine Menge darüber gelernt, was uns am Leben hält, aber auch, was wir ändern müssen.

Mehr denn je erkennen wir Europäerinnen und Europäer **die Bedeutung von starker Zusammenarbeit und Solidarität**, wenn es darum geht, kollektiven wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Bedrohungen zu begegnen.

Mehr als je zuvor begreifen wir Europäerinnen und Europäer den **unermesslichen Wert gut finanzierter und gut geführter öffentlicher Dienste und Sicherheitsnetze, die die Grundlage für stabile und inklusive Gesellschaften** und Volkswirtschaften bilden, die wirklich für alle Menschen von Nutzen sind.

Mehr denn je verstehen wir Europäerinnen und Europäer die **entscheidende Bedeutung der Nahrungsmittelsouveränität**. In dieser Hinsicht ist es von entscheidender Bedeutung, dass die gemeinsame Landwirtschaftspolitik (35 % des EU-Haushalts) grundlegend umgestaltet wird. Anstatt sich vom Produktivitätsstreben und von globalen Märkten leiten zu lassen, muss sie vielmehr zu einem kraftvollen Antrieb für die Stabilität unserer Gesellschaften werden und positive Auswirkungen auf Gesundheit, Klima, biologische Vielfalt und Arbeitsplätze haben.

Stärker denn je haben wir Europäerinnen und Europäer erlebt, welche **entscheidende Rolle die Digitalisierung in unserer Gesellschaft spielt**: Sie hat es vielen ermöglicht, trotz des Shutdowns weiter zu arbeiten, Kontakte zu knüpfen, Zugang zu lebenswichtigen

Leistungen und Unterhaltung zu haben. Sie hat uns vor Augen geführt, wie wichtig es ist, **die digitale Kluft zu schließen** und **Datenschutz und Persönlichkeitsrechte** in der digitalen Welt zu gewährleisten.

Mehr denn je verstehen wir Europäerinnen und Europäer, dass die Theorie **wirtschaftlicher Effizienz, bei der billige Güter geliefert und die Grenzen des Planeten missachtet werden, zu struktureller Verwundbarkeit führt, die sozial und wirtschaftlich teure Krisen nach sich zieht.**

Bei der Krisenbewältigung müssen wir die Wurzeln dieses **Mangels an Resilienz erkennen und angehen:**

- Die jahrzehntelange Konzentration auf **Sparmaßnahmen und geringe Ausgaben der öffentlichen Haushalte, auch nach der Finanzkrise 2008**, hat weitreichende Einschnitte in den öffentlichen Sektoren verursacht, die heute als unverzichtbar für unsere Gesellschaft gelten.
- Durch die exportorientierte Nahrungsmittelpolitik der Europäischen Union wird riskiert, dass einige EU-Bürger keinen Zugang zu Nahrungsmitteln haben, während die Umweltzerstörung und der Einsatz von Pestiziden die Lebensqualität vieler Menschen verschlechtern.
- Die Auswirkungen auf die Gesundheit werden nicht in allen Politikbereichen angemessen berücksichtigt, und die

zunehmende Privatisierung unserer Gesundheitssysteme hat sich nachteilig auf den sicheren Zugang der Bürger zur medizinischen Versorgung ausgewirkt. Aufgrund fehlender staatlicher Investitionen in die öffentlichen Gesundheitssysteme sind die Bürger gefährdet, und unsere Fähigkeit, Krisen zu bewältigen, ist geschwächt.

- Der Grundsatz, dass die Rolle der **Märkte in erster Linie darin besteht, für immer billigere Produktion zu sorgen, hat zu übermäßig verlängerten und anfälligen Lieferketten geführt. Die EU ist bei wichtigen Arzneimitteln und Medizinprodukten von Ländern wie Indien und China abhängig geworden** und hat in der pharmazeutischen Branche Monopole begründet, die den Preis und die Besitzrechte an potenziellen Impfstoffen bestimmen.
- Die gleichen Konzerne, die auf kurzfristige Gewinne setzen, statt ihre Mitarbeiter anständig zu bezahlen und Resilienz aufzubauen, wollen nun mit öffentlichen Geldern gerettet werden. Es ist klar, dass sie im Gegenzug zumindest verpflichtet werden müssen, ihre Defizite zu korrigieren.
- Der Raubbau an der Natur mit der Zerstörung von Lebensraum, der Zerstörung der Artenvielfalt und der Vernichtung natürlicher Ressourcen – ist eine **direkte Ursache für die Übertragung von Viren** von Wildtieren auf den Menschen. Dies ist nur ein Aspekt der Gefahr, die

daraus entsteht, den Planeten als unbegrenzt verfügbare Ressource zu betrachten. **Die Krise hat deutlich gemacht, dass globale Maßnahmen erforderlich sind, um die Grenzen des Planeten zu respektieren, die den sicheren Raum für den Menschen in der Natur bestimmen.**

Es käme einer Kapitulation gleich, **die knappen Ressourcen in die Rückkehr zur „Tagesordnung“ zu stecken**, die sich als so zerbrechlich erwiesen hat, oder die Erfolge der EU in der Vergangenheit oder ihre gegenwärtigen Bestrebungen aufzugeben oder zunichte zu machen.

Lassen Sie uns jetzt zusammenkommen, um den unglaublichen kollektiven Reichtum an materiellen und intellektuellen Ressourcen der Menschen in Europa zu nutzen und durch **die Zielvorgaben des Grünen Deals, soziale Rechte und Ziele einer nachhaltigen Entwicklung, die Wirtschafts- und Währungsunion, den Binnenmarkt, die digitale Strategie und eine gemeinsame Vision für die Zukunft Europas den ehrgeizigsten sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Wandel zu erreichen, den die Welt je gesehen hat.**

**REFORM UNSERER
GESUNDHEITSSYSTEME:
VORRANG FÜR DIE SICHERHEIT
VON PATIENTINNEN
UND PATIENTEN SOWIE
ARBEITNEHMERINNEN UND
ARBEITNEHMERN**

Diese Krise ist in erster Linie eine gesundheitliche Bedrohung. Mitten in der COVID-19-Krise zeigt sich mehr denn je, dass die europäische Zusammenarbeit bei der Bewältigung grenzüberschreitender Schwierigkeiten wie Epidemien von großer Bedeutung ist. Die Verbesserung der Katastrophenschutzmaßnahmen auf europäischer Ebene ist daher von grundlegender Bedeutung. Zu diesem Zweck müssen wir die Position der EU in diesem Bereich stärken. Zunächst müssen wir uns auf die Prävention konzentrieren und die Ressourcen verschiedener spezieller EU-Behörden aufstocken. Dies beginnt mit dem Europäischen Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten. In der Tat sind unabhängige hochrangige Expertenteams, auf die wir uns in Zeiten schwieriger Entscheidungsfindung verlassen können, unverzichtbar. Wissen ist auch der Schlüssel für ein effektives Krisenmanagement. Wir haben gesehen, wie wichtig es ist, Informationen über Arzneimittelvorräte sowie über die Verfügbarkeit von Intensivbetten und medizinischen Geräten zu erfassen. Aus diesem Grund brauchen wir Datenbanken, in denen alle benötigten Daten zusammengeführt werden. Um besser vorbereitet zu sein, müssen wir damit beginnen, Lagerbestände anzulegen. Außerdem sollten die Experten Katastrophenpläne erstellen, regelmäßige Stresstests organisieren und in allen Krankenhäusern der EU eine europäische Gesundheitseinheit organisieren, die speziell geschult ist, verschiedene Krisenfälle zu bewältigen, teilweise von der EU bezahlt wird, aber als Teil des medizinischen Personals

in den Krankenhäusern arbeitet. Diese Gesundheitseinheit sollte schnellstmöglich zusammengestellt werden, damit EU-weit ein starkes Netzwerk von geschulten medizinischen Fachkräften garantiert ist, die kurzfristig für Notfalleinsätze in Krisenregionen mobilisiert werden könnten. Dies wäre ein wichtiger Schritt hin zu einem koordinierten Vorgehen und um allen EU-Bürgern einen einheitlichen Schutzstandard zu sichern.

Angesichts der durch den Mangel an Vorräten notwendiger Materialien und Medikamente in einigen Mitgliedstaaten entstandenen traurigen Situation wird deutlich, dass einige dieser Produkte (insbesondere Masken, Tests oder Schmerzmittel) in der EU praktisch nicht hergestellt werden. Dadurch ist die EU in Krisenzeiten dem Risiko einer Verknappung dieser wichtigen medizinischen Produkte ausgeliefert. Sich auf Importe von nur wenigen Unternehmen aus Drittländern zu verlassen, ist nicht nur in Bezug auf Umwelt und Gesundheit problematisch, sondern stellt auch eine Verletzung der Souveränität und Sicherheit dar. Gleichzeitig wirft die Krise aber aufgrund unseres aktuellen Systems zum Schutz geistigen Eigentums auch viele Fragen hinsichtlich der Verfügbarkeit und Bezahlbarkeit von Impfstoffen und Behandlungsmethoden auf. Um diese Situation zu beheben, muss die EU die Diversifizierung und die Wiederansiedlung von Herstellern medizinischer Geräte und pharmazeutischer Produktionen unterstützen und in sie investieren. Dies muss im Geiste der Zusammenarbeit und nicht im Wettbewerb geschehen.

Die EU muss auch ein staatliches EU-Labor einrichten, das mit der Herstellung eines Minimums von Wirkstoffen beauftragt wird. So kann vermieden werden, dass man sich im Hinblick auf die gesundheitliche Sicherheit der Bürger vollständig auf private Unternehmen verlässt. Behandlungen und Impfstoffe sollten für alle verfügbar und erschwinglich sein. Dazu müssen die öffentlichen Mittel aufgestockt und das Forschungs- und Entwicklungsmodell für Arzneimittel geändert werden; es muss auf offener Wissenschaft sowie Transparenz der Forschungs- und Entwicklungskosten beruhen. Auch auf Beschränkungen der wissenschaftlichen Forschung und auf die Zwangslizenzierung von Patentrechten an pharmazeutischen Produkten sollte verzichtet werden.

EIN RETTUNGSPLAN FÜR DIE MENSCHEN UND DEN PLANETEN

Seit Beginn der Krise wurden Billionen von Euro an staatlichen Geldern ausgegeben, um sicherzustellen, dass unsere Gesundheitssysteme das Ausmaß der Notlage bewältigen können. Es musste sichergestellt werden, dass so viele Leben wie möglich gerettet werden. Die Wirtschaft musste am Laufen gehalten und die massive Arbeitslosigkeit sollte vermieden werden, die sonst durch die notwendigen Restriktionen entstehen würde. In diesen schwierigen Zeiten ist die Unterstützung der europäischen Haushalte, insbesondere der besonders stark betroffenen und gefährdeten Länder, von entscheidender Bedeutung.

Die Grünen in ganz Europa haben diese Notfallmaßnahmen intensiv unterstützt. Aber jetzt, da wir langsam von Notfallmaßnahmen zur langfristigen Regeneration unserer Gesellschaften übergehen, müssen wir sehr vorsichtig sein, nicht die Fehler zu wiederholen, die nach der Finanzkrise 2008 gemacht wurden. Die Menschen und der Planet – nicht große Unternehmen und ihre Aktionäre – sollten im Mittelpunkt dieses Aufbauprogramms stehen. Wir können nicht zulassen, dass große Unternehmen, die sich auf kurzfristige Gewinne fokussiert haben, anstatt sich um ihre Mitarbeiter zu kümmern und die Widerstandsfähigkeit ihrer Geschäftsmodelle zu erhöhen, bedingungslos mit Staatsgeldern gerettet werden. Wir müssen auch gewährleisten, dass der Aufschwung nicht den Umwelt- und Klimabemühungen schadet, wie wir es 2010 mit dem Anstieg der CO₂-Emissionen der EU erlebt haben.

Wir brauchen einen gemeinsamen europäischen Rahmen, der auf die nationalen Aufbauprogramme anwendbar ist und sicherstellt, dass europaweit öffentliche Gelder gezielt für Projekte eingesetzt werden, die die lokale Wirtschaft wiederbeleben, qualitativ hochwertige Arbeitsplätze für die Zukunft schaffen und den notwendigen Übergang zu einer klimaneutralen, ökologisch nachhaltigen, emissionsfreien Wirtschaft mit vollständigem Kreislauf ermöglichen. Kleine und mittlere Unternehmen bilden den Kern dieser neuen Wirtschaft.

Im Einzelnen:

- Alle großen Unternehmen, auch Banken, Versicherungen und Finanzdienstleister, die mit staatlichen Beihilfen unterstützt werden, sollten verpflichtet werden, öffentlich darzulegen, wie sie ihre wirtschaftlichen Aktivitäten auf die Begrenzung der globalen Erwärmung auf unter 1,5 °C abstimmen wollen. Dies muss in Form von wissenschaftlich fundierten und unternehmensweiten Emissionsminderungszielen und einem klaren und verbindlichen Plan erfolgen, bis spätestens 2050 klimaneutral zu werden, wobei die Verringerung der Emissionen und die Steigerung der Energieeffizienz Priorität haben sollten. Derartige Mitteilungen sollten mindestens den Leitlinien der Europäischen Kommission 2019 zur Übermittlung klimarelevanter Informationen entsprechen. Zudem sollten alle Maßnahmen, die als Teil des Aufbaupakets verabschiedet werden, direkte oder indirekte Unterstützung zugunsten der Atom- und der Kohleindustrie sowie sonstiger auf fossilen Brennstoffen basierender Industriezweige eindeutig ausschließen. Es muss ein verbindliches europäisches Regelwerk geschaffen werden, um sicherzustellen, dass große Unternehmen, Banken, Versicherungen und andere Finanzakteure ihren ökologischen Fußabdruck verringern und dass ihre Aktivitäten nicht zur Entwaldung und zu anderen Schädigungen der Ökosysteme führen.
- Bei Aufbauprogrammen sollen

Entlassungen weitestmöglich vermieden werden. Frauen und Männer sollen für gleiche Arbeit gleich bezahlt werden, gerechte Übergangsregelungen sollen verabschiedet werden, um die Ausbildung und entsprechende Umschulung der Arbeitnehmer im Hinblick auf einen ökologischen Übergang zu gewährleisten und eine weitere Flexibilisierung und Unsicherheit von Arbeitsplätzen zu vermeiden.

- Allen Unternehmen, insbesondere großen und multinationalen Konzernen, sollte es für mindestens die nächsten zwei Jahre nicht gestattet sein, Dividenden oder Boni auszuzahlen oder Aktien zurückzukaufen. Dies gilt im Idealfall so lange, bis sich die Wirtschaft von den Schäden infolge der COVID-19-Krise deutlich erholt hat. Überdies ist es an der Zeit, das Wirtschaftsmodell grundlegend zu reformieren. Zu diesem Zweck sollte das Konzept einer gerechten Wirtschaft unterstützt werden, die den Menschen wirklich dient und nicht umgekehrt. Die Gehälter der CEOs sollten gedeckelt werden, und staatliche Beihilfen oder Rettungsaktionen sollten streng an nachweislich erbrachte Leistungen für das Gemeinwohl gebunden sein. Ausgeschlossen von Rettungsaktionen sollten Unternehmen sein, die sich durch Steuerdumping der Steuerzahlung entziehen oder Tochtergesellschaften ohne reale wirtschaftliche Aktivitäten in Steueroasen haben (dazu sollten zumindest die „Schwarze Liste“ und

die „Graue Liste“ nicht kooperativer Rechtsräume hinzugezogen werden, aber auch Mitgliedstaaten, die in den Länderberichten des „Europäischen Semesters“ aufgeführt sind). Rettungsaktionen sollten auch mit einer Art Anti-Missbrauchsklausel verbunden werden. Damit kann ermöglicht werden, dass Unternehmen, die öffentliche Gelder erhalten und von denen später festgestellt wird, dass sie die geltenden Unternehmensregeln nicht eingehalten haben, diese öffentlichen Gelder zurückerstatten müssen.

- Bei der Verteilung europäischer Gelder an die Mitgliedstaaten sind diese gehalten, vollständig transparent zu machen, wie die Mittel ausgegeben werden, und diese Informationen regelmäßig der Europäischen Kommission zu melden. Es ist zwar notwendig, dass die Gelder den Bedürftigsten so schnell wie möglich zugute kommen. Die Auszahlung beispielloser Geldbeträge in kürzester Zeit erhöht jedoch auch das Risiko von Missbrauch und Betrug. Wir müssen daher garantieren, dass die Verwendung der Gelder umfassend und wirksam untersucht und der Missbrauch gegebenenfalls sanktioniert werden kann.

Im Rahmen des Europäischen Semesters sollte die Europäische Kommission einmal im Jahr öffentlich über die Verwendung staatlicher Finanzhilfen als Teil des Aufbaupakets und über das Ausmaß berichten, in dem diese Bedingungen eingehalten werden.

AUF DEM WEG ZU EINER SOZIAL, WIRTSCHAFTLICH UND ÖKOLOGISCH STABILEN GESELLSCHAFT

Nach der Gesundheitskrise und der Überwindung des gegenwärtigen Lockdowns unserer Wirtschaft werden wir eine langfristige wirtschaftliche Rezession erleben. Dabei steht unsere europäische Wirtschaft vor der großen Herausforderung eines Nachfragerückgangs und einer hohen Arbeitslosenquote. Um Europa wieder auf die Beine zu bringen, wird ein umfangreicher Investitionsplan vonnöten sein. Dieser Investitionsplan muss die Europäische Union auf eine neue, sozial und ökologisch gerechte Wirtschaft als Teil einer Gesellschaft vorbereiten, die jeder künftigen Herausforderung gewachsen ist. Eine Rückkehr zur Tagesordnung ist nicht möglich. Die Europäische Union sollte den Weg zu einer gerechten Gemeinschaft der globalen Gemeinwesen anführen.



WIRTSCHAFT

Für eine Wirtschaft, die allen zugute kommt

EIN UMFASSENDE NACHHALTIGER INVESTITIONSPLAN

Der Ausbruch von COVID-19 hat unsere – ohnehin anfälligen – europäischen Volkswirtschaften so stark getroffen wie nie zuvor ein Ereignis in Friedenszeiten. Regierungen und Behörden, einschließlich der Europäischen Union, sind aufgerufen, die Wirtschaft vor dem schlimmsten Abschwung in Friedenszeiten zu retten, koste es, was es wolle. Sie werden bei der wirtschaftlichen Sanierung unserer Volkswirtschaften eine entscheidende Rolle spielen. Wir müssen uns eingestehen, dass die Investitionsfähigkeit der EU-Mitglieder höchst unterschiedlich ist. Bestehende regionale Ungleichheiten auch innerhalb der Mitgliedstaaten sollten angegangen – und die Fähigkeit der ärmsten Regionen zur Erholung und zum Schutz gegen künftige Krisen verbessert werden.

Aus diesem Grund brauchen wir einen **beispiellosen und umfassenden nachhaltigen Investitionsplan**. In den nächsten zwölf Jahren müssen bis zu fünf Billionen Euro mobilisiert werden, die den Weg zu einer dauerhaften, sozial und

ökologisch widerstandsfähigen, beschäftigungswirksamen, integrativen und geschlechtergerechten wirtschaftlichen Erholung ebnen.

Neben der aktiven Anwendung der EZB-Schlagkraft, deren robuste Beiträge wir begrüßen, wird dieser massive nachhaltige Investitionsplan alle uns zur Verfügung stehenden fiskalischen (mit dem EU-Haushalt als Schlüsselinstrument, aber auch nationalen, regionalen und lokalen Haushalten) und finanziellen Instrumente (hauptsächlich die EIB) mobilisieren. Damit wollen wir kurzfristig ein **Konjunkturpaket mit dem Grünen Deal als Kernstück finanzieren, um eine Erholung vom wirtschaftlichen Abschwung zu erreichen**, und längerfristig Investitionen und ordnungspolitische Reformen durchführen. Ziel ist es, **unsere Volkswirtschaften umzugestalten und sie wirklich widerstandsfähig zu machen**. Dabei soll gleichzeitig Solidarität mit Drittländern gezeigt werden und wir wollen uns auf die Pflegewirtschaft ausrichten. Bestimmte Wirtschaftssektoren, wie der Tourismus, sind von dem Ausbruch erheblich betroffen. Die Unterstützung für die betroffenen Regionen muss die sozialen Auswirkungen der Krise

begrenzen und gleichzeitig die jeweiligen Branchen auf den Weg in eine nachhaltigere Zukunft bringen.

In Anbetracht der überproportional starken wirtschaftlichen Auswirkungen der COVID-19-Krise auf Frauen müssen alle Investitionsentscheidungen der EU einer Bewertung hinsichtlich geschlechtsspezifischer Implikationen unterzogen werden. Um die Gleichstellung der Geschlechter zu gewährleisten, müssen alle Investitionsentscheidungen durch ein detailliertes Gender-Budgeting ergänzt werden.

FINANZIERUNG DES UMFANGREICHEN INVESTITIONSPLANS

Die Kosten dieses umfangreichen nachhaltigen Investitionsplans sollten von allen EU-Mitgliedern entsprechend ihrer Wirtschaftskraft gemeinsam getragen werden. In der Privatwirtschaft sollten diejenigen, die von dem ungerechten ökonomischen Modell aus der Zeit vor der Krise profitierten, insbesondere alle, die von Steuerhinterziehung, Steuervermeidung oder Korruption profitierten, einen weitaus höheren Anteil an den Kosten für die Sanierung tragen als diejenigen, die ihren gerechten Anteil beitrugen. Folglich wird **die Finanzierung des umfassenden Investitionsplans** von entscheidender Bedeutung sein, um die Solidarität unter den EU-Bürgern, unter den Mitgliedsstaaten, aber auch gegenüber Drittstaaten zu gewährleisten.

Dieser Plan muss durch eine Kombination aus Coronabonds (in Höhe von mindestens einer Billion Euro) und zusätzlichen EU-Einnahmen finanziert werden. Sie müssen aus neuen Umweltsteuern (wie dem Grenzsteuerausgleich zur Kompensation von Nachteilen beim Klimaschutz „CBAM“, Pestizid-, Kunststoff- und Kerosinsteuer) oder Beiträgen multinationaler Unternehmen, insbesondere aus dem digitalen Sektor, und dem Finanzsektor (wie einer Finanztransaktionssteuer) stammen.

AUF DEM WEG ZU NEUEN MAKROÖKONOMISCHEN, STEUERLICHEN UND REGULATORISCHEN RAHMENBEDINGUNGEN

Die Finanzierung eines umfassenden Investitionsplans wird nicht ausreichen, um diese Krise zu überwinden und die nächste zu verhindern. Der umfassende Investitionsplan sollte nicht wieder eine weitere Form der undifferenzierten „Unternehmenswohlfahrt“ sein, die zur Rettung von Unternehmen, Betrieben und Wirtschaftssektoren, einschließlich des Bankensektors, eingesetzt wird, deren Geschäftsmodelle ökologisch, sozial oder auch nur wirtschaftlich nicht nachhaltig sind.

Würden die gleichen makroökonomischen, steuerlichen und regulatorischen Rahmenbedingungen beibehalten, die gleichen schädigenden Wirtschaftszweige subventioniert oder dieselben Produktions-, Konsum-, Transport- oder Handelsmethoden belassen, die unsere Volkswirtschaften geschwächt haben, so würde dies in

Zukunft nur zu ähnlichen Katastrophen führen. „Der Wahnsinn besteht darin, immer wieder das Gleiche zu tun und sich andere Ergebnisse zu erwarten.“ Deshalb müssen wir unser Wirtschaftsmodell verändern.

Wir müssen uns **auf einen neuen makroökonomischen, steuerlichen und regulatorischen Rahmen** zubewegen, der ein robustes und widerstandsfähiges Wirtschaftssystem gewährleistet, das sich in die Schranken unseres Planeten einfügt und für Inklusivität und Gleichbehandlung innerhalb und außerhalb der EU sorgt, indem wirtschaftliche, soziale und territoriale Ungleichheiten verringert werden. Darüber hinaus müssen stabile öffentliche Einrichtungen, insbesondere Gesundheitssysteme und der Pflegesektor, die ihren positiven Beitrag zur Verhinderung einer Verschärfung der Krise unter Beweis gestellt haben und nur über begrenzte finanzielle Puffer verfügen, angemessener mit Mitteln ausgestattet werden. Die Pflegewirtschaft sollte nach der Krise eine tragende Säule der Wirtschaft sein, und die Wertschöpfung in diesem Sektor muss bei der Berechnung des BIP berücksichtigt werden.

Investitionen in die Kreislaufwirtschaft und in Forschung, Entwicklung und Innovation werden für den Übergang zu einer klimaverträglicheren Wirtschaft von entscheidender Bedeutung sein. Sie könnten der erste Schritt zu einer einheitlichen EU-weiten Wirtschaftspolitik sein. Darüber hinaus sind kleine und mittlere Unternehmen – einschließlich Start-ups – stark

von der Krise betroffen und werden finanzielle Unterstützung benötigen, um massive und beispiellose Umstrukturierungen zu vermeiden. Um von globalen Lieferketten unabhängiger zu werden, sollte in bestimmten Wirtschaftszweigen, wie der Lebensmittel-, Gesundheits- und Pharmaindustrie, die Wiederansiedlung unterstützt werden. Wenn finanzielle Unterstützung jedoch großzügig gewährt werden sollte, um die Unternehmen über Wasser zu halten, insbesondere in den am stärksten betroffenen Segmenten, dann darf mit der finanziellen Unterstützung kein Gewinn erwirtschaftet werden. Vielmehr sollte sie hauptsächlich dazu verwendet werden, eine ökologisch und sozial nachhaltigere Produktion zu fördern.

A person wearing a brown, ribbed sweater is seen from the back, holding a white sign. The sign features a colorful drawing of a person with arms raised, surrounded by a rainbow-like border. Below the drawing, the word "SMILE" is written in purple. The sign is attached to a metal fence. Another sign with a blue drawing of a creature is visible on the fence below. The background is a blurred outdoor setting.

**SOZIALES UND
BESCHÄFTIGUNG**

Für eine Europäische Union, die Verantwortung übernimmt

Der Umfang der gesellschaftlichen Schäden, die durch den Ausbruch von COVID-19 entstanden sind, ist noch nie da gewesen. Wir brauchen in der Europäischen Union universelle Systeme zur sozialen Sicherheit als Menschenrecht und zur Stabilisierung bei künftigen Krisen: Das bedeutet, dass wir alle schützen und sicherstellen müssen, dass die Menschen genug zu essen haben und ein gesundes Leben führen können. Das liegt auch im Interesse unserer Gesellschaft als Ganzes. Um die Inklusivität und Gleichbehandlung nach der Krise zu stärken und zu gewährleisten, brauchen wir eine wirklich soziale Union.

SCHAFFUNG QUALIFIZIERTER NACHHALTIGER ARBEITSPLÄTZE

Die sozialen Auswirkungen der Krise werden noch lange nach dem Ende der Gesundheitskrise zu spüren sein. Die Europäische Union sollte verstärkt angemessene flächendeckende soziale Unterstützungssysteme, Arbeitslosenunterstützung und andere Sozialleistungen für alle Menschen fördern. Dies gilt auch für die am schlechtesten bezahlten Arbeitnehmer*innen sowie für

Freiberufler, Selbständige und junge Arbeitnehmer*innen. Die Schaffung von Arbeitsplätzen muss zum zentralen Punkt des Wiederaufbaus werden und die Entstehung von noch mehr prekären Arbeitsplätzen in Zukunft ist zu verhindern. Es sollten Rechtsvorschriften vorgestellt werden, mit welchen Null-Stunden-Verträge verboten und unbezahlte Praktika für Hochschulabsolvent*innen abgeschafft werden sowie der Arbeitnehmerstatus für atypische Arbeitnehmer*innen, wie z. B. Beschäftigte auf Plattformen, gesichert wird.

Wir brauchen ein armutsfestes Mindesteinkommen für alle in der EU (unter Berücksichtigung der geschlechtsspezifischen Dimension), und wir brauchen einen konkreten Maßnahmenplan, um Armut trotz Erwerbstätigkeit zu überwinden. Dies beinhaltet auch Löhne in der kompletten EU, mit denen der Lebensunterhalt gesichert werden kann. Noch immer arbeiten zu viele Arbeitnehmer*innen schwer und erzielen nicht genug Einkommen, um sich und ihren Familien ein menschenwürdiges und gesundes Leben zu ermöglichen. Die Europäische Union sollte qualifizierte Arbeitsplätze mit der Möglichkeit schaffen, die Qualifikationen zu erwerben, die wir

alle brauchen, um einen sozialen, geschlechtergerechten und integrativen gerechten Übergang zu gewährleisten. Die Mitgliedstaaten sind auch aufgefordert, ernsthaft die Möglichkeit grundlegender Systeme mit allgemeinem Grundeinkommen als sozialem Puffer für künftige Krisen zu prüfen.

Der Aufbauplan für die Zeit nach der Krise sollte eine bittere Realität aufgreifen: Frauen bleiben aufgrund niedrigerer Löhne, geringerer Renten oder anderer reduzierter Einkommensformen ärmer. Wie die Krise gezeigt hat, wurden die meisten der wesentlichen Arbeiten und inoffiziellen Pflegeaufgaben, die unsere Wirtschaft während des Lockdowns über Wasser hielten, von Frauen ausgeführt. Dennoch werden sie für die gleichen Arbeiten immer noch schlechter bezahlt als Männer, und ihr Beitrag wird nach wie vor weitgehend unterbewertet. Die Europäische Kommission kann in dieser Angelegenheit keine Maßnahmen aufschieben, da Arbeit von gleichem Wert gleiches Entgelt verdient.

SOZIALES, GESUNDHEIT, UMWELTGERECHTIGKEIT und WOHLERGEHEN ZUM HERZSTÜCK UNSERER GESELLSCHAFT MACHEN

Eines hat die COVID-19-Krise deutlich gezeigt: Wir brauchen viel mehr öffentliche Investitionen in Dienstleistungen, die für unsere Gesellschaft lebenswichtig sind und die Wahrung unserer Menschenrechte garantieren: Gesundheit, Bildung, Kultur, Wohnen, Umweltgerechtigkeit, um nur

einige zu nennen, unabhängig vom Aufenthalts- oder Migrationsstatus. Asylsuchende werden zu den Menschen gehören, die von dieser beispiellosen Krise am stärksten in Mitleidenschaft gezogen werden. Die Europäische Union sollte einen neuen Solidaritätsmechanismus schaffen, damit alle Mitgliedstaaten die würdige Aufnahme dieser Menschen, die bereits in einer prekären Situation leben, gleichermaßen unterstützen.

Wir brauchen einen neuen „Care Deal für Europa“, um den Begriff der Pflege wieder in den Mittelpunkt unserer sozialen Antwort auf die Krise zu rücken. Pflege-, Sozial- und Bildungsdienstleistungen sollten allen in Europa lebenden Menschen zur Verfügung stehen. Dazu muss der umfassende staatliche Investitionsplan die formelle Pflegearbeit verbessern und die informelle Pflege würdigen (z. B. durch Pflegegutschriften). Wir brauchen auch einen europäischen Rahmen für das Wohnungswesen, da es einen enormen Nachholbedarf an Investitionen in Wohnraum gibt (er würde auch dazu beitragen, die Obdachlosigkeit zu bekämpfen und Arbeitsplätze zu schaffen). Außerdem müssen die Bestimmungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf überarbeitet werden. Des Weiteren müssen erhebliche Investitionen in die Förderung der psychischen Gesundheit im Gesundheits- und Sozialwesen getätigt werden. Es müssen Maßnahmen zur Gewährleistung der Gleichberechtigung von Mann und Frau, zur Schaffung einer kinderfreundlichen Gesellschaft und zum Schutz von Menschen in einer gefährdeten Situation, wie zum

Beispiel Menschen mit Behinderungen, Asylsuchende, Migrant*innen ohne Papiere, Flüchtlinge, Gefangene und Minderheiten, ergriffen werden.

Die Europäische Union sollte in ihre Zukunft und in die Jugend investieren: Aufgrund der COVID-19-Krise wird es für junge Fachkräfte noch schwieriger werden, in den Arbeitsmarkt einzusteigen, da die Beschäftigungszahlen sinken. Deshalb muss die EU die Mittel aufstocken und eine EU-weit verbindliche Garantie für Jugendliche abgeben, um langfristige Jugendarbeitslosigkeit zu verhindern. Die europäischen Bildungssysteme müssen verbessert werden, und die EU sollte eine europäische Kindersicherung vorstellen, damit bis 2030 kein Kind oder Jugendlicher in der EU von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht ist. Die Erziehung zum Klimawandel sollte im Mittelpunkt eines Paradigmenwechsels stehen, an dem die gesamte Gesellschaft teilhat. Besonderes Augenmerk sollte dabei auf Kinder und Jugendliche gelegt werden, die den Wandel in künftigen Generationen anführen werden.

BEKÄMPFUNG GESCHLECHTSSPEZIFISCHER GEWALT

Eine der dramatischen Folgen des COVID-19-Ausbruchs ist die Zunahme der gemeldeten geschlechtsspezifischen und familiären Gewalt in ganz Europa. Da Millionen Europäerinnen und Europäer unter Hausarrest stehen, werden die bestehenden Unterstützungsmechanismen

für Frauen und Kinder, die Opfer häuslicher Gewalt sind, behindert. Wir brauchen mehr Mittel, um diese Opfer zu unterstützen, und die EU muss das Übereinkommen von Istanbul ratifizieren. Die Kommission muss dringend einen Gesetzesvorschlag zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt vorlegen.



UMWELT

Stärkung unserer Gesellschaft im Rahmen der Grenzen unseres Planeten

Die gegenwärtige Krise wirft ein scharfes Licht auf die Tatsache, dass die Befriedigung unserer Grundbedürfnisse heute von einem anfälligen Umweltsystem abhängt. Diese Krise hat ihren Ursprung auch in der Abholzung der Wälder und im Handel mit geschützten Tieren und wurde durch schlechte Umweltbedingungen (insbesondere Luftverschmutzung) noch verschlimmert. Wir müssen mit der Umsetzung von Veränderungen beginnen, die uns in die Lage versetzen, die nächste Krise innerhalb der Grenzen unserer Ökosysteme zu entschärfen und zu überstehen.

DER GRÜNE DEAL: UNSERE BASIS FÜR DIE ZUKUNFT

Die gegenwärtige Krise hat einmal mehr die Wechselbeziehung zwischen der Gesundheit der Menschen, dem Wohlergehen unserer Gesellschaften und den natürlichen Systemen, auf die sie angewiesen sind, offenbart. Damit wir Europäer*innen im Rahmen der Grenzen unseres Planeten gut leben können, müssen sich unsere Produktions- und Konsumgewohnheiten radikal

ändern. Eine Verringerung unserer negativen Einflüsse auf die Tierwelt und der biologischen Vielfalt könnte uns zwar helfen, die Entstehung einer neuen von Mensch zu Tier übertragbaren Infektionskrankheit wie Covid-19 zu verhindern. Wir müssen jedoch sicherstellen, dass alle Wirtschaftszweige in vollem Umfang ihren Beitrag zur Erreichung einer klimaneutralen, ökologisch nachhaltigen, schadstofffreien und uneingeschränkten Kreislaufwirtschaft bis 2040 leisten. Nur so können wir der existenziellen Bedrohung durch den Klimawandel und den massiven Verlust der Artenvielfalt begegnen.

Der europäische Grüne Deal bleibt mehr denn je die Grundlage unseres zukünftigen Entwicklungsmodells.

Er sollte ausgebaut werden, um sicherzustellen, dass alle Investitionsanstrengungen weder dem Klima noch der Umwelt schaden und sogar als Win-Win-Situation aus der Krise wirken:

- Die Union sollte ihre Klimaziele erhöhen, indem sie im Klimagesetz das Ziel verankert, ihre wirtschaftsweiten Emissionen bis 2030 um 65 % zu reduzieren

und bis spätestens 2040 die Klimaneutralität zu erreichen. **Mit dem Wiederaufbauplan sollte die Umgestaltung unserer Wirtschaft in Gang gesetzt und sichergestellt werden, dass alle Branchen auf den Weg der Klimaneutralität gebracht werden.**

• **Eine Intensivierung der EU-Maßnahmen zum Schutz und zur Wiederherstellung der heimischen und globalen Artenvielfalt** kann eine Win-Win-Situation schaffen, um die Ausbreitung neuer von Mensch zu Tier übertragbaren Infektionskrankheit wie COVID-19 zu verhindern. Zugleich kann damit auch der beispiellosen Zerstörung der Artenvielfalt begegnet werden. Die Kommission sollte rechtsverbindliche Ziele zum Schutz von mindestens 30 % der europäischen Landflächen und Meere und zur Wiederherstellung von mindestens 30 % der europäischen Ökosysteme bis 2030 einführen. Die Übernahme entsprechender Ziele auf globaler Ebene sollte von der Kommission nachdrücklich unterstützt werden. Die geltenden EU-Rechtsvorschriften im Bereich Natur und Artenvielfalt sollten innerhalb eines Jahres durch eine Verordnung zur Renaturierung ergänzt werden, um sicherzustellen, dass solche Ziele gesetzlich verankert werden. Mindestens 150 Milliarden Euro sollten in den nächsten zehn Jahren für die Umsetzung der EU-Strategie zum Erhalt der Artenvielfalt mobilisiert werden. Der internationale Wissenschaftsrat

(Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services IPBES) sollte beauftragt werden, eine sorgfältige Überprüfung der weltweiten wissenschaftlichen Erkenntnisse über die Auswirkungen des Verlusts der Artenvielfalt und die breiteren Auswirkungen menschlicher Aktivitäten auf die Natur im Hinblick auf die Entstehung von Pandemien wie COVID-19 zu veröffentlichen. Und schließlich muss die EU als Bestimmungsort des illegalen Handels mit Wildtieren und als Exporteur den Kampf gegen Umweltkriminalität anführen.

• Die EU sollte einseitig die Initiative ergreifen, indem sie mehr Rechtsvorschriften über die Sorgfaltspflichten verabschiedet, wie dies bereits in bestimmten Bereichen, wie z. B. bei bestimmten Kriegsmineralien und Holz, geschehen ist. Auf diese Weise soll die Transparenz von Lieferketten bis zu den Ursprüngen der Rohstoffe ermöglicht und die Sorgfaltspflicht der Unternehmen in Bezug auf Umwelt-, Sozial- und Menschenrechte auf jeder Stufe der Lieferkette festgeschrieben werden. Eine solche Gesetzgebung wäre auch ein geeignetes Instrument, um sowohl vor- als auch nachgelagerten Beteiligten in Versorgungsketten mit waldbezogenen Risikorohstoffen verbindliche Sorgfaltspflichten aufzuerlegen und damit zur Bekämpfung der Entwaldung und zum Schutz der Artenvielfalt beizutragen.

• **Um den Kampf der EU gegen die Umweltverschmutzung,** insbesondere die Luftverschmutzung, zu forcieren, sollten die Fördermittel in saubere Technologien für stark umweltbelastende Branchen wie Landwirtschaft, Chemie und Verkehr investiert werden. Damit kann sichergestellt werden, dass sich die Branchen auf einem zukunftssicheren und nachhaltigen Weg zu einer schadstofffreien Wirtschaft erholen. **Ein Null-Verschmutzungs-Aktionsplan für Luft, Wasser und Boden sowie eine Chemikalienstrategie zugunsten der Nachhaltigkeit** sind mehr denn je erforderlich. Sie sollten darauf abzielen, jede Form der Verschmutzung zu verhindern und auf ein Niveau zu reduzieren, das für die menschliche Gesundheit und die Umwelt nicht mehr schädlich ist, damit ein gutes Leben innerhalb der ökologischen Grenzen des Planeten möglich ist. Eine nachhaltige Chemikalienstrategie muss die Regelungslücken in der EU-Gesetzgebung für Chemikalien schließen und einen raschen Ersatz von besonders besorgniserregenden Stoffen und anderen gefährlichen Chemikalien, einschließlich endokriner Disruptoren, sehr beständiger Chemikalien, neurotoxischer und immuntoxischer Stoffe, erreichen. Darüber hinaus müssen die Auswirkungen des Zusammenwirkens von Chemikalien, Nanoformen von Stoffen und die Aussetzung gegenüber gefährlichen Chemikalien durch Produkte angegangen werden. Insbesondere Pestizide, die in über 30 % der

europäischen Landschaften eingesetzt werden, sollten durch die Implementierung der Vorschläge aus dem Abschlussbericht des PEST-Ausschusses in die Gesetze angegangen werden.

• Die Kommission sollte die Einführung einheitlicher Kriterien für die Definition wirtschaftlicher Aktivitäten beschleunigen, die schrittweise eingestellt werden sollten, weil sie Klima und Umwelt erheblich schädigen. **Diese „braune Taxonomie“ sollte als Kompass fungieren, um zu verhindern, dass öffentliche und private Ausgaben in die alte, von fossilen Brennstoffen abhängige, überproduktive Wegwerf-Wirtschaft gesteckt und dort gebunden werden.**

INVESTITIONEN IN DIE LOKALE PRODUKTION VON LEBENSMITTELN UND IHREN SCHUTZ

Eine der größten Erschütterungen dieser Krise ist die Erkenntnis, dass der Zugang der EU-Bürger*innen zu manchen elementaren Gütern, insbesondere zu Nahrung und Gesundheit, viel fragiler ist, als viele angenommen haben. Zwar stehen in den Verkaufsregalen in der EU immer noch Lebensmittel, aber die Preise sind sehr instabil. Der Mangel an Arbeitskräften in der Landwirtschaft wird sich massiv auf die Obst- und Gemüseproduktion auswirken. Störungen im Handel mit Betriebsmitteln (Düngemittel, Pestizide, Saatgut und Tierfutter) beeinträchtigen die Produktion

stark und könnten sogar zum Zusammenbruch bestimmter Bereiche führen. Während dieser Krise haben die Schwierigkeiten beim Transport lebender Tiere (innerhalb der EU und in/aus Drittländern) die Notwendigkeit, diese Produktion angesichts der Auswirkungen auf das Wohlergehen der Tiere und die Ernährungssicherheit zu reduzieren und zu verlagern, weiter in den Vordergrund gerückt. Eine europäische Lebensmittelsouveränität ist noch lange nicht erreicht. Um diese Situation zu ändern, muss die EU die Diversifizierung und Wiederansiedlung der Produktion unterstützen und in sie investieren.

- Das heißt, wir müssen in der Lage sein, Binnen- und Regionalmärkten Vorrang vor dem Export zu geben, kürzere Lieferketten bevorzugen und Handelsabkommen vermeiden, die unsere lokale Grundproduktion gefährden. Die Abhängigkeit von Importen aus Drittländern ist dabei nicht nur aus ökologischer Sicht problematisch, sondern kann unsere Ernährungssicherheit und -souveränität gefährden. Oftmals schadet sie beiden Seiten, da unser exportorientiertes Modell die Entwicklungsmärkte mit billigen Nahrungsmitteln überschwemmt. Ein agrarökologisches Modell hat das Potenzial, gesunde und umweltfreundliche Lebensmittel für alle Europäer bereitzustellen.
- Diversifizierung und Wiederansiedlung müssen unter Beachtung der Grenzen des Ökosystems der EU erfolgen. Das bedeutet, dass wir auch die nachhaltigeren und robusteren

Lösungen unterstützen (z. B. indem wir bis 2030 sicherstellen, dass 30 % unserer landwirtschaftlichen Nutzflächen ökologisch bewirtschaftet werden) und bestimmte Produktionen zugunsten anderer reduzieren (z. B. indem wir Ziele zur Verringerung des Fleischkonsums festlegen und gleichzeitig den Fleischmarkt durch einen Plan für pflanzliche Proteine und höhere Tierschutzstandards umstrukturieren) sowie die Bedingungen stärken müssen, die Landwirte zu erfüllen haben, um Anspruch auf staatliche Beihilfen zu haben.

- Die Wiederansiedlung erfordert, dass wir die Rohstoffabhängigkeit im Nahrungsmittelsektor verringern, insbesondere durch die Unterstützung eines Zielwertes von -50 % Pestizideinsatz im Jahr 2025 (-80 % bis 2030 und Einstellung des Pestizideinsatzes bis 2035) und eines Zielwertes von -50 % für den Einsatz synthetischer Düngemittel im Jahr 2030 durch die sogenannten Vom Hauf auf den Tisch-Strategie, eine konsequent umgesetzte Richtlinie zur nachhaltigen Nutzung von Pestiziden und die Stärkung der künftigen Agrarpolitik. Damit kürzere Lieferketten gedeihen können, müssen wir qualitativ hochwertige ökologische Arbeitsplätze in ländlichen Gebieten erhalten. In dieser Krise ist es umso wichtiger, die Zahlungen unter den Landwirten in den verschiedenen Mitgliedstaaten anzugleichen, um das Verschwinden der Betriebe in einigen Regionen der Europäischen Union zu verhindern.

- Auch das staatliche Beschaffungswesen sollte seine Aufgabe bei der Förderung regionaler Ernährungssysteme erfüllen, indem es nachhaltigen regionalen und internen Märkten Vorrang einräumt.

- Die Stabilität unseres Ernährungssystems erfordert eine Vielzahl von Kleinbäuer*innen und Kleinfischer*innen, die von der EU unterstützt werden sollten. Wir sollten auch sicherstellen, dass die wirtschaftliche Erholung im landwirtschaftlichen und fischwirtschaftlichen Bereich nicht auf Kosten des Umwelt- oder Sozialschutzes geht. Die notwendige Umstellung auf ökologische Landwirtschaft sowie eine nachhaltige Forstwirtschaft können ebenfalls Beschäftigungsmöglichkeiten bieten.

- Ein wichtiges Instrument zur Erreichung dieser Ziele ist eine starke Schwerpunktverlagerung in der künftigen Gemeinsamen Agrarpolitik, auf die mehr als 35 % des europäischen Haushalts entfallen.

- Und schließlich sollte bei der Verteilung von Mitteln für der Gemeinsamen Agrarpolitik und Fischereiwesen für Transparenz gesorgt werden mit dem Ziel, die Einstellung schädlicher Subventionen zu gewährleisten und sicherzustellen, dass Kleinfischer und -bauern die Hauptbegünstigten des EU-Haushalts und des Covid-Investitionsplans sind.

ANKURBELN DER WIRTSCHAFT DURCH FÖRDERUNG VON ERNEUERBAREN ENERGIEN, GEBÄUDESANIERUNG, UMWELTFREUNDLICHEN VERKEHRSMITTELN UND DEKARBONISIERUNG

Die EU sollte diese Gelegenheit nutzen und die Wirtschaft nach COVID-19 durch rechtsverbindliche Ziele und gezielte Investitionen wiederbeleben, damit unsere Gesellschaft besser auf künftige Krisen neue Pandemien, die bereits andauernde Klimakrise oder die Folgen des Zusammenbruchs des Ökosystems vorbereitet ist, anstatt ein System zu erneuern, das seine Schwächen bereits offenbart hat. Bevorzugt werden sollten dabei vor allem Bereiche, die ein gutes Potenzial für die Schaffung von Arbeitsplätzen auf lokaler Ebene und von qualifizierten Arbeitsplätzen, das Potenzial zur Wiederbelebung unserer Lebensräume bei gleichzeitiger Senkung der Kosten für die Haushalte und die Verringerung unseres gemeinsamen ökologischen Fußabdrucks in sich vereinen:

- **Startschuss für die Renovierungswelle:** Eine auf die kommunale Ebene ausgerichtete ehrgeizige und ganzheitliche Strategie zur Gebäuderenovierung, begleitet von einer integrativen und geschlechtergerechten Kompetenzstrategie, wird die lokale Wirtschaft ankurbeln und gleichzeitig den gesellschaftlichen Zusammenhalt und gesündere Lebensbedingungen für alle fördern. Eine Renovierungswelle, die die

Kreislaufwirtschaft und einen Ansatz zum Lebenszyklus im industriellen Maßstab einbezieht, würde einen Beitrag zur Verwirklichung gesellschaftlicher und ökologischer Ziele leisten. Mehr Renovierungen müssen mit Mindestnormen für die Energieeffizienz und mit dem NZEB-Ziel (Nahezu-Nullenergiegebäude) gekoppelt werden. Renovierungen müssen in einer ganzheitlichen und integrativen Weise durchgeführt werden (geschätzte Auswirkungen: >75 Milliarden Euro/Jahr an öffentlichen Anreizen, die notwendig sind, um bis 2050 einen energieeffizienten Gebäudebestand zu gewährleisten; bis zu zwei Millionen lokale Arbeitsplätze).

- **Freisetzen des Beschäftigungspotenzials erneuerbarer Energien in Europa**, insbesondere durch das Ankurbeln der Nachfrage nach kleinen Photovoltaikmodulen. Vorlage eines gesamteuropäischen Solardachprogramms als Teil der anstehenden Renovierungswelle, einschließlich obligatorischer Solaranlagen in den öffentlichen Gebäuden der Mitgliedstaaten. Wir brauchen dringend Aufbauprogramme wie die Coronavirus-Krisenreaktion der EIB, um Zuschüsse, Darlehen, Steueranreize für kleine und mittlere Unternehmen sowie Gewerbe- und Industriegebäude zur Investition in die Solarenergie (Solardächer oder PPA) bereitzustellen.

- **Öffentliche Räume zur Förderung nachhaltiger Mobilität überdenken:** Während des COVID-

19-Lockdowns haben wir an vielen Orten in Europa beobachtet, wie Radwege erweitert oder eingerichtet wurden, um eine Mobilität zu fördern, die den Regeln der sozialen Distanzierung besser gerecht wird: Gehen und Radfahren. Die Behörden sollten aktiv dazu ermutigt werden, diese Maßnahmen beizubehalten oder zu erweitern. Sie werden diese Art der Fortbewegung zweifellos fördern und damit Emissionen reduzieren. Die Menschen bleiben fit und die soziale Distanzierung wird – falls nötig – ermöglicht.

- **Sicherstellung einer nachhaltigen Verkehrsumverteilung:** Das Aufbauprogramm sollte eine Gelegenheit bieten, in dringend benötigte öffentliche Verkehrsmittel zu investieren und eine echte Umverteilung des Verkehrs zu gewährleisten. Damit soll die Luftverschmutzung verringert und ein Beitrag zum Klimaschutz geleistet werden. Dazu gehören mehr Straßenbahnen, mehr Linienverkehr, emissionsfreie Busse und echte Kombiverkehrslösungen in unseren Städten. Außerdem sollten ein EU-Aktionsplan und umfangreiche finanzielle Unterstützung für die Modernisierung, den Ausbau und die Instandhaltung von Eisenbahnen, Investitionen in Züge, Nachtzüge, grenzüberschreitende Eisenbahnverbindungen und andere Innovationen im Bereich des Schienenverkehrs bereitgestellt werden. Um sicherzustellen, dass Kurzstreckenflüge durch nachhaltige Alternativen ersetzt werden, sollte es eine EU-weite Koordinierung geben.

Wir können unser Straßennetz nicht endlos erweitern – das würde nur die Nachfrage ankurbeln – oder Autos mit Verbrennungsmotoren durch Elektrofahrzeuge ersetzen. Wenn wir den Verkehr von der Straße abziehen wollen, muss mehr Fracht auf der Schiene, den Binnenwasserstraßen und dem Meer transportiert werden (z. B. nachhaltiger Kurzstreckenseeverkehr).

- **Schaffung der Grundlagen für eine europäische emissionsfreie Mobilität**, die in der Lage ist, die steigende Nachfrage nach Alternativen zu Verbrennungsmotoren und Ladeinfrastruktur sowohl für Pkw, Transporter, Busse und Lkw zu befriedigen, aber auch das Angebot für den Bahnsektor zu erhöhen. Parallel dazu werden Umschulungsprogramme durchgeführt, die den Arbeitnehmern, die aus dem auf fossilen Brennstoffen basierenden Verkehrssektor ausscheiden, neue Karrierechancen eröffnen. keeping people fit, and - if need be - allow for social distancing.

POLITIK OHNE FOSSILE BRENNSTOFFE

Die erste Reaktion auf die Krise hat gezeigt, dass konservative Beteiligte „die Umwelt“ allzu oft immer noch als ein externes, ergänzendes Thema betrachten, das man ignorieren und ausklammern kann, wenn „ernste“ Dinge geschehen. So werden die systemischen Probleme, die zur aktuellen Krise beigetragen haben,

völlig ignoriert. Im Gegenteil, es ist an der Zeit, den europäischen Grünen Deal und die damit verbundenen Strategien als Grundlage, als Vorlage, für den bevorstehenden Wiederaufbau zu nutzen. Diese Strategien mit präzisen Zielvorgaben und damit verbundenen regulatorischen Überprüfungen werden jetzt benötigt und nicht erst dann, wenn die Krise vorbei ist und die meisten Mitgliedstaaten und Interessengruppen bereits begonnen haben, ihre eigenen unterschiedlichen Pläne für den Wiederaufbau aufzustellen. Insbesondere sollte der niedrige Ölpreis zum Anlass genommen werden, alle Subventionen für fossile Brennstoffe, einschließlich Gas, zu beenden, sei es direkt (durch Infrastruktur oder staatliche Beihilfen) oder indirekt (durch Steuerbefreiungen). Jeder Angriff auf gegenwärtige oder kommende europäische Umweltstandards oder -ziele sollte ernsthaft verurteilt werden. Es sind strenge Regeln für die Interaktion zwischen der Branche fossiler Brennstoffe und den politischen Entscheidungsträgern aufzustellen, wie sie für die Tabakunternehmen bereits bestehen. Die EU-Institutionen und die Mitgliedstaaten sollten nur dann und in dem Maße mit der Branche für fossile Brennstoffe zusammenarbeiten, wie es unbedingt notwendig ist, damit sie in die Lage versetzt werden, die Branche für fossile Brennstoffe und ihre Tätigkeit wirksam zu regulieren.



INTERNATIONAL

Förderung der Solidarität, Schutz der Menschenrechte und Stärkung des Multilateralismus

Dies ist eine globale Krise, und als solche braucht sie eine globale Antwort. Alle Maßnahmen gegen diese Pandemie werden scheitern, wenn sie nicht auf internationaler Ebene verfolgt werden. Daher muss die EU ihrer Verantwortung gerecht werden und vor dem Hintergrund zunehmender Instabilität, konkurrierender globaler Wertesysteme und einer sich verschiebenden internationalen Konfliktsituation Trends, die durch die Covid-19-Krise verschärft, aber nicht geschaffen wurden eine führende Rolle spielen. Dies ist umso dringlicher, als die USA und China in dieser Krise mangelnden Willen und unzureichende Fähigkeit unter Beweis gestellt haben, die Bemühungen um eine gemeinsame, wirksame, gerechte und nachhaltige Antwort auf die globalen Herausforderungen voranzutreiben. Die EU darf nicht vor der dreifachen Aufgabe zurückschrecken, die internationale Solidarität zu fördern, die Menschenrechte zu schützen und der internationale Handlungsträger zu sein, der multilaterale Lösungen vorantreibt, um so für die freien und demokratischen Werte einzutreten, auf

denen unsere Union gegründet wurde, und damit unsere gemeinsamen Werte zu schützen. Es ist an der Zeit, dass Europa bei der Einführung eines Status für die weltweiten Allgemeingüter die Führung übernimmt und einen neuen globalen und europäischen Pakt für die Umwelt fordert.

Zum Schutz und zur Förderung von Freiheit, Solidarität und Menschenrechten muss die EU der Medienfreiheit, der Redefreiheit, dem Schutz von Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidigern sowie von Informantinnen und Informanten und den digitalen Rechten eine besonders hohe Priorität einräumen. Diese Grundfreiheiten müssen in den Mitgliedstaaten respektiert und im Ausland gefördert werden, und die EU muss sich aktiv gegen die globale Autokratiewelle stellen. In Bezug auf das COVID-19-Krisenmanagement sollte die EU in allen Ländern uneingeschränkte Transparenz fordern. Sie sollte auf einem integrativen Ansatz bestehen, der alle Regierungen mit ins Boot holt und alle gesellschaftlichen

Akteure, insbesondere Frauen, LGBTI* und Minderheiten, in die gemeinsamen Bemühungen der Weltgemeinschaft einbezieht. Auf der Grundlage der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte sollte die EU die Einrichtung eines rechtsverbindlichen multilateralen Entschädigungsmechanismus für die Opfer von Menschenrechtsverletzungen unterstützen. Darüber hinaus sollte sie multilaterale Partnerschaften für eine am Grünen New Deal orientierte Übergangsstrategie zur Überwindung der gegenwärtigen Krise hervorheben. Bei der weltweiten Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit muss die EU standhaft bleiben. Darüber hinaus sind in einigen der ärmsten Länder der Welt infolge der COVID-19-Pandemie Millionen von Menschen mit verheerenden gesundheitlichen, sozialen und wirtschaftlichen Folgekrisen konfrontiert. Die EU sollte eine starke Führungsrolle übernehmen, um humanitäre Hilfe, medizinische Hilfe und Schuldenerlass zu unterstützen, einschließlich des vollständigen Erlasses der Schulden aller verarmten Länder, ohne die viele Länder, die internationale Hilfe brauchen, schreckliche nationale Katastrophen nicht abwenden können.

Für die EU ist es wichtig, dass ausländische Direktinvestitionen streng überwacht und geprüft werden, um zu verhindern, dass strategische Güter und insbesondere sensible Infrastruktur in die Hände ausländischer Regierungen gelangen, von denen einige aktiv eine autokratische Politik verfolgen. Die EU sollte auch dringend das

Instrument des internationalen Beschaffungswesens anwenden und darauf bestehen, dass die Lieferketten europäischer Unternehmen auf Menschenrechtsaspekte hin überprüft werden. Die EU muss der Gefahr entgegenwirken, dass sie durch Technologietransfer in Militarisierungsstrategien von Drittländern hineingezogen wird, wenn diese Länder eine strenge zivil-militärische Fusionspolitik verfolgen. Die EU muss gegen illegale Subventionen vorgehen, die den internationalen Wettbewerb verzerren. Der COVID-19-Ausbruch hat auch das Fehlen einer Zusammenarbeit auf internationaler Ebene offenbart, und bestimmte multilaterale Foren, wie die WHO, sind gefährdet. Die EU sollte standhaft bleiben und fordern, dass, obgleich die Globalisierung neu überdacht werden muss, Multilateralismus und Zusammenarbeit weiterhin die Mittel zur Bewältigung globaler Probleme auf internationaler Ebene sind. Parallel dazu muss die EU-Handelspolitik vollständig überarbeitet werden.

Das übergeordnete Ziel einer grünen Handelspolitik muss darin bestehen sicherzustellen, dass der Handel ein Höchstmaß an menschlichem Wohlstand und Stabilität bei minimalem Energie- und Ressourcenverbrauch erreicht. Die Entfernung zwischen Produktion und Verbrauch sollte so kurz wie vernünftigerweise möglich sein, um einen angemessenen Zugang zu den für ein zufriedenstellendes Leben notwendigen Produkten zu gewährleisten. Das zukünftige Handelssystem muss ein Umschichten strategischer Produktionsbereiche

wie Nahrungsmittel, medizinische Produkte und Arzneimittel, eine starke Ausrichtung auf die Kreislaufwirtschaft sowie widerstandsfähige und nachhaltige Lieferketten kombinieren.

DIGITALES

```
...length,n=pa...|==t.subst...toggleBlinkin...{s.toggleBlinkin...{key:"keepTyping",value...{key:"de...this.comple...var s=this...this.backSp...+1];i&& n===i...onLastStringB...this.pause.curString=t,this.pause.curStrPos=e}},{key...e=t?"infinite":0;this.cursor.style.animationI...shuffle&&(this.seque...this.fadeOutClass,t...typed-cursor",this.cursor.inn...function(t,e...Object.defin...hasOwnProperty.ca...n.n.write...t.attr...t.cursorBlinking...start...t.options.start...fadeOutClas...strings...style
```


Rückbesinnung auf die digitale Revolution

Die Digitalisierung hat unsere Lebensweise, unsere Art zu kommunizieren und unsere Arbeitsweise grundlegend verändert. Wir sehen, wie sie die Menschen einander näher bringt, den Wissensstand vergrößert, bessere Lebensbedingungen ermöglicht. Dabei sehen wir durchaus auch die möglichen negativen Folgen durch die Erfassung von Daten durch Unternehmen, den Abbau sozialer Sicherheit oder die Zerstörung unserer Umwelt oder unserer Gesundheit. Digitale Technologien sind ein Werkzeug und kein Endziel. Wir müssen uns den Rahmen um die digitalen Technologien zu eigen machen und ihn zu hohen Nachhaltigkeitsstandards lenken. Dazu gehören starke demokratische und technologische Schutzmaßnahmen, begleitet von Maßnahmen zur Unterstützung in Bezug auf Kosten und Wissensförderung, die niemanden im Stich lassen.

Die COVID-19-Krise verdeutlicht, dass die digitale Revolution ein entscheidender Faktor ist, um die Krisenfestigkeit unserer Zivilisation zu erhöhen. Wir sollten daher in die Digitalisierung wesentlicher Leistungen investieren und die Fähigkeit von Regierungen, Gesetzgebern (auch im Europäischen Parlament) und öffentlichen Institutio-

nen erhöhen, ihre Leistungen in Krisenzeiten zu erbringen.

Die digitale Transformation stellt auch ein wichtiges Potenzial zur Schaffung von Arbeitsplätzen dar. Dies geschieht durch die Unterstützung eines pluralistischeren und vielfältigeren Technologiebereichs und durch die Koordinierung der Bemühungen und Investitionen auf EU-Ebene, um Konnektivitätslücken zu schließen.

Die Rückbesinnung auf die digitale Revolution ermöglicht es uns, ein gerechteres, nachhaltigeres, zugänglicheres und transparenteres Wirtschaftsmodell zu entwickeln. Dieses Modell unterstützt Unternehmen und Menschen, respektiert gleichzeitig die demokratischen Werte und begrenzt die Auswirkungen auf die Umwelt. Wir sollten dafür sorgen, dass die Digitalisierung auch weiterhin jedem eine Chance eröffnet und uns hilft, eine weitere Krise zu verhindern, während wir gleichzeitig alle stärken.



DEMOKRATIE

Keine Quarantäne für die Demokratie

In den letzten Wochen gerieten unsere Demokratien weiter unter Druck; unsere Grundfreiheiten und die Rechte der Bürger*innen wurden eingeschränkt, um diese Krise zu bewältigen. Die Massenüberwachung wurde verstärkt und die Medienfreiheit wurde eingeschränkt, um nur einige Beispiele zu nennen. Es besteht die Gefahr, dass diese außergewöhnlichen und vorübergehenden Maßnahmen niemals vollständig aufgehoben werden und de facto zu normalen und dauerhaften Gesetzen werden. Die in den liberalen Demokratien grundlegende Gegenkräfte, wie unabhängige Rechtssysteme, Persönlichkeitsrechte, parlamentarische Kontrolle, Medienfreiheit, Medienpluralismus und voll funktionsfähige unabhängige Kontrollen der öffentlichen Ausgaben, wurden reduziert, manchmal sogar aufgehoben. Um die Achtung der Rechtsstaatlichkeit in den Mitgliedstaaten zu gewährleisten, sollten wir die Arbeit der bereits bestehenden unabhängigen Institutionen voll und ganz unterstützen. Parallel dazu sollte die EU auch Bedingungen für die Zuteilung von EU-Mitteln festlegen und stellen. Bei der Bereitstellung dieser dringend benötigten neuen Notfallfonds ist es entscheidend, Transparenz, Verantwortlichkeit und gute Staatsführung durch Kontrollmechanismen zu stärken, um

Korruption und Missbrauch von EU-Geldern und nationalen Staatsgeldern zu vermeiden. Der Ausbruch von COVID-19 sollte nicht als neue Gelegenheit genutzt werden, unsere Grundrechte zu beschneiden oder regionale Kompetenzen zu reduzieren und Staaten zu rezentralisieren. Es darf keine Quarantäne für die Demokratie geben! Die Zeit ist reif, unsere Demokratien und Bürger*innenrechte zu stärken, indem wir „zur Normalität zurückkehren“, aber auch, indem wir neue Gesetze zum Schutz von Minderheiten und Grundrechten verabschieden. In der Demokratie geht es um die Pflicht der Bevölkerungsmehrheit, die Rechte von Minderheiten zu schützen. Es ist an der Zeit, dass wir auf den richtigen Weg zurückkehren und unseren Weg zu einer demokratischeren Gesellschaft wieder aufnehmen.

Diese Krise hat das Vertrauen vieler Bürger*innen erschüttert und Anlass zu Populismus und Eurokritik gegeben. Überall in der EU hat mit dem Ausbruch der aktuellen Krise der Euroskeptizismus zugenommen. Das ist die unmittelbare Folge des Gefühls, allein gelassen zu werden. Wir müssen – heute mehr denn je – die lokalen und regionalen Behörden, die Gewerkschaften und die Zivilgesellschaft in den Gesetzgebungsprozess einbinden. Darüber hinaus ist dringend eine Debatte über die Zukunft der EU erforderlich.

Wir müssen die Reaktion der EU auf diese Krise kritisch hinterfragen und den Wunsch der Menschen nach Solidarität, einer stärker partizipativen und lebendigeren Demokratie und „mehr Europa“ zu konkreten politischen Prozessen formen. Die Konferenz über die Zukunft der EU ist das ideale Forum für diese Debatte. Die Konferenz muss die erste Gelegenheit dazu bieten und klare Vorschläge unterbreiten, unter anderem durch direkten Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern, damit die Europäische Union tiefgreifend reformiert und effizienter, geeinter, demokratischer, souveräner und belastbarer wird. Bei allen Wiederaufbaumaßnahmen, die innerhalb der EU diskutiert und beschlossen werden, müssen die Bürger*innen umfassend einbezogen werden. Um einen solchen bürgerorientierten Prozess zu ermöglichen, dürfen wir keine Zeit verschwenden und müssen jetzt mit den Vorbereitungen beginnen.



THE GREENS/EFA
in the **European Parliament**

60 rue Wiertz/Wiertzstraat 60
1047 Brussels, Belgium
www.greens-efa.eu
contactgreens@ep.europa.eu